



ABFSchweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

Gemeinsam am Runden Tisch

Wichtige Informationen zum WHO-Pandemievertrag und zu den Internationalen Gesundheitsvorschriften

Verwaltung und Regierung in der Schweiz handelten während der sogenannten Coronakrise vielfach gegen unsere Verfassung und unser Recht. Freiheit und Bürgerrechte sind heute nicht mehr garantiert. Im Aktionsbündnis freie Schweiz versammeln wir fachkundige und herausragende Persönlichkeiten, die die Werte unseres Landes verteidigen. An einem Runden Tisch vereinen wir uns. In einem gemeinsamen und konzentrierten Austausch unter Gleichgesinnten planen wir konkrete Massnahmen zur Wahrung von Rechtsstaatlichkeit und Freiheit. Wir sind davon überzeugt, dass nur ein breit abgestütztes, zivilgesellschaftliches Bündnis freiheitsliebender Menschen den von Verwaltung und Regierung eingeschlagenen Kurs korrigieren und in Richtung einer menschenwürdigen, selbstbestimmten Zukunft bewirken wird.

Wir lenken die Aufmerksamkeit derzeit besonders auf den globalen Pandemievertrag der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und ihre Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV). Während die Schweizer Medien schweigen und dadurch das Volk nicht informiert wird, plant die WHO Richtungsweisendes von historischer Tragweite für unser Land. Sie handelt derzeit ein globales Abkommen bzw. ein anderes internationales Instrument zur Pandemie Vorbereitung und -bewältigung aus. Dabei geht es auch um die geplanten IGV, die in der EU bereits mit Hochdruck umgesetzt werden. Sollten der Pandemievertrag und die IGV in der Schweiz angenommen werden, wird es keinen Weg mehr zurück in die Freiheit geben, da beide international verflochten und für die Schweiz verpflichtend sind.

Unsere juristischen Experten warnen explizit vor der dadurch entstehenden Machtposition der WHO. Die Schweizer Bevölkerung wäre den Entscheidungen des WHO-Generalsekretärs ausgeliefert. Es könnten keine Rechtsmittel gegenüber jeglichen von aussen verfügbaren Entscheidungen mehr ergriffen werden.

In welchem Interesse handeln Bundesrat und Bundesverwaltung beim Pandemievertrag?

Das BAG vertritt die Schweiz in diesen Verhandlungen, die unter anderem zum Ziel haben, die Persönlichkeitsrechte eines jeden Einzelnen (Individualrecht), zum Beispiel auf körperliche Unversehrtheit, aufzuheben. Zugleich schafft es einen Präzedenzfall zur Auflösung der direkten Demokratie (Kollektivrecht).

Wie schon zur Durchsetzung und Verlängerung der Covid-Gesetze geschehen, besteht der begründete Verdacht, dass die Vertreter der Regierung bei diesen Verhandlungen nicht das Wohl der Bevölkerung und die verfassungsrechtlichen Grundpfeiler im Blick haben. Die Verantwortlichen scheinen von anderen Interessen geleitet zu sein. Ihre Empfehlung und Unterstützung zur Durchsetzung der Covid-Gesetze hat das bereits bewiesen. Sie haben dem Volk gegenüber zudem intransparent gehandelt und dies verteidigt, selbst als herauskam, dass die Beschaffungsverträge zu den Impfmitteln mit den Herstellern geheim gehalten werden sollten.



ABFSchweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

Wann wird der Wille des Schweizer Volkes gehört?

Laut Bundesrat kann erst nach Abschluss der Verhandlungen, wenn Rechtsnatur und Inhalt des möglichen Übereinkommens abschliessend geklärt seien, entschieden werden, ob der Beitritt zu diesem Abkommen im Interesse der Schweiz ist. Erst dann stelle sich wie bei jedem neuen völkerrechtlichen Vertrag die Frage, ob dieser dem Parlament zur Genehmigung zu unterbreiten ist und gegebenenfalls dem Referendum unterstellt wird. Man beachte die Antworten vom 17. Mai 2023 auf die Interpellation 23.3302.

Der Verdacht kommt auf, dass dies eine Abwiegelungstaktik ist. Wie beim Pakt für Migration ist zu befürchten, dass auch beim Pandemievertrag einschneidende Schritte für die Schweiz ohne Beteiligung des Parlaments und des Volkes vorgenommen werden. Die Folge daraus ist eine beispiellose und für die direkte Demokratie existenziell bedrohliche Machtverschiebung zugunsten der WHO. Diese ist offiziell eine multilaterale Organisation innerhalb der Vereinten Nationen (UNO), doch tatsächlich inzwischen überwiegend durch freiwillige Beiträge finanziert und damit faktisch eine Nichtregierungsorganisation (NGO).

Es ist Zeit, die Schweizer Bevölkerung zu informieren

Wir möchten ernsthaft darauf hinweisen, dass die IGV und der Pandemievertrag die Einfallstore sind, um sowohl die Individualrechte der Menschen als auch die Kollektivrechte der Bürger abzuschaffen. Dies

wird in den entsprechenden Dokumenten unmissverständlich beschrieben. Alles unter dem Vorwand, es handle sich hierbei um eine gute Absicht im Dienst der Gesundheit und zum Wohle der Menschen.

Es kann nicht deutlich genug davor gewarnt werden, dass der Schweizer Bevölkerung essenzielle Grund- und Verfassungsrechte unwiderruflich entzogen würden, sollten die von aussen verordneten Vorschriften angenommen und umgesetzt werden.

Wir fragen uns auch hier: Weshalb verlaufen diese einschneidenden Verhandlungen grösstenteils im Hintergrund und weshalb wird dies weder politisch noch auf medialer Ebene breit diskutiert?

Es ist Zeit zu handeln. Gesellen Sie sich zu uns. Werden Sie Teil des Aktionsbündnisses und des Runden Tisches. Damit unser Land sicher und freiheitlich in die Zukunft gehen kann. Unter kontrolliert mitbestimmendem Einfluss von aussen. Stark im Inneren.

Baar (ZG), August 2023

Unterstützen Sie uns

Für den Aufbau einer starken Bündnisarbeit sind wir auf umfangreiche finanzielle Beiträge angewiesen. Diese helfen uns, Aktionen und Massnahmen durchzuführen. Kontaktieren Sie uns gerne bei Fragen und für weitere Informationen.

Besten Dank.